

Votum AKW Interpellationen

Frau Energiedirektorin

Herr Präsident

Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Eines zeigen all diese Interpellationen auf: Ein neues AKW ist vor allem ein **Risiko** – ein finanzielles, ein gesundheitliches, ein sicherheitstechnisches und ein wirtschaftliches. Alles Risiken, die wir heute nicht mehr eingehen müssen. Mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien können wir auf neue AKWs verzichten. Das zeigen verschiedene Studien und Berechnungen auf.

- Die **Finanzierung** eines neuen AKWs ist laut Studien extrem unsicher. Das beweisen auch die aktuellen Erfahrungen beim Bau des neuen AKWs im finnischen Olkiluoto. Dort kommt es zu massiven Kostenüberschreitungen.
- Ohne **staatliche Hilfe** werde – gemäss Finanzexperten – kein neues AKW gebaut. Das bestätigt auch die Regierung in ihrer Antwort auf die Interpellation Jenni. Sie hält unmissverständlich fest, dass bei einem schweren Störfall, der grösste Teil der Schäden von der öffentlichen Hand getragen werden müsste, das heisst von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.
- Grössere, neue AKWs produzieren zudem **mehr radioaktiven Abfall**, der bis heute nicht sicher entsorgt werden kann. Solange wir kein Endlager haben, würde zudem der hochradioaktive Müll des neuen AKWs in Mühleberg lagern. Dazu käme allenfalls der Müll anderer AKWs. Das ist ein zusätzliches Risiko für die bernische Bevölkerung.
- Ein neues Mega-AKW ist aber auch ein **Klumpenrisiko** für unsere gesamte Stromversorgung. Eine vierfache Leistung hätte auch viel mehr Atommüll zur Folge. Eine dezentrale Energieversorgung hingegen ist viel sicherer und schafft mehr Arbeitsplätze.
- Die **Ausland-Abhängigkeit** von unkontrollierbaren und ökologisch unsauberen Uran-Lieferanten würde zudem grösser. Deshalb unterstützen wir die Regierung, dass sie sich für eine gesetzliche Deklarationspflicht der Uranherkunft einsetzt.

Weiter schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort zur Interpellation Imboden zu Recht, dass es für ihn nicht akzeptabel sei, dass **Natur-Uran** aus ethisch fragwürdigen Quellen stammen könnte, welche regional grosse Sozial- und Umweltprobleme verursachen.

- Ein neues AKW blockiert zudem Gelder und damit zukunftssträchtige Investitionen in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien. **Jeder Franken kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden.** Auch diesbezüglich stellt die Regierung in der Interpellation Jenni klar, dass mit den durchschnittlichen 12 Milliarden für ein neues AKW, mehr als doppelt so viel Leistung an Erneuerbaren Energien installiert werden könnte.

In der Interpellation Hofmann wird zudem die **Abstimmungs-kampagne der BKW** thematisiert. Der Regierungsrat stellt in seiner Antwort einmal mehr klar, dass er eine Einmischung der Unternehmung in den Abstimmungskampf ablehne. Er habe dies dem Verwaltungsrat so mitgeteilt. Die BKW wiederum hat Zurückhaltung und nur sachliche Information gelobt: Was ist passiert? Die BKW verteilte 400'000 so genannte „**Informationszeitungen**“ an alle Haushalte und machte illegal Abstimmungswerbung im Bahnhof Bern.

Auf den ersten Blick kommt die BKW-„Informationszeitung“ sachlich und „informativ“ daher. Wer aber genauer hinschaut, sieht, was alles nicht drin steht, das zu einer sachlichen Information gehören würde:

- Die (absolute) **Leistung** des neuen AKWs wird nirgendwo erwähnt – von etwa vier Mal Mühleberg I ist in einem Nebensatz die Rede. Hingegen wird mindestens 8x das neue AKW als „Ersatzkernkraftwerk“ bezeichnet.
- Die **Kosten** für das neue AKW werden nirgendwo erwähnt, auch nicht, woher diese riesige Summe kommen soll. Was man sonst noch mit diesem Geld machen könnte, steht schon gar nicht.
- **Steigender Stromverbrauch** wird als unausweichliches Naturgesetz dargestellt – obwohl es sehr wohl Möglichkeiten gibt, diesen durch politische Massnahmen zu steuern (Lenkungsabgabe, Effizienzförderung, Umweltvorschriften, Verbrauchssteuerung etc.)
- Das Thema **Betriebssicherheit** und mögliche Störfälle wird nicht einmal erwähnt.
- Erwartungsgemäss wird nichts über **Kostenwahrheit** und die **ungenügende Versicherungsdeckung** geschrieben. Gemäss Bundesamt für Zivilschutz beliefen sich die Kosten bei einem GAU auf 4200 Milliarden Franken. Dieses Risiko zahlen wir alle mit.
- Das geplante neue **Zwischenlager** für hochradioaktive Atomabfälle in Mühleberg ist in der Abstimmungszeitung der BKW auch kein Thema – und

das, obschon der Stromkonzern für sich in Anspruch nimmt, sachlich zu informieren. Dies ist umso unverständlicher, weil dadurch ein zusätzliches Risiko für die Bevölkerung besteht; erst recht, wenn kein Endlager bereit steht.

Das sind alles Informationen, die aus Sicht der SP/JUSO-PSA Fraktion entscheidend sind für die unabhängige Meinungsbildung der Stimmbevölkerung.

Die vorliegenden Interpellationen sind also wichtig, damit sich die **Stimmberechtigten ein umfassendes Bild** über die Risiken der Atomkraft machen können. Es sind Fakten, die beweisen, dass AKWs veraltet, hochgefährlich und extrem teuer sind und den Erneuerbaren im Wege stehen.

Es ist Zeit, dass wir nicht nur umdenken, sondern auch „umhandeln“. Es ist Zeit, dass wir in die **Zukunft** investieren und nicht in die Vergangenheit. Es ist Zeit, dass wir nicht nur an den aktuellen Profit denken, sondern auch an unsere **Verantwortung** und an die möglichen Folgen für die künftigen Generationen.

Ein neues AKW würde den **Zielen der nachhaltigen Entwicklung diametral widersprechen**: Ein neues AKW wäre alles andere als ökologisch; alles andere als wirtschaftlich und – was das Wichtigste überhaupt ist – das wäre unmenschlich.

Deshalb ist die SP-JUSO-PSA-Fraktion mit grosser Überzeugung gegen ein neues AKW in Mühleberg.